

Erfolge der politischen Arbeit des BVMW.

Stand: November 2011

Der BVMW setzt sich im Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern mit Nachdruck für eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen des Mittelstands ein. Auf allen politischen Ebenen ist es dem BVMW gelungen, die Interessen des deutschen Mittelstands erfolgreich zu vertreten und konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Finanzierung

Thema	Problem	Erfolg
Vorrang für die Realwirtschaft	Solange Spekulationsverluste sozialisiert werden, ist es für Banken lukrativer, an den Kapitalmärkten zu handeln, als die Realwirtschaft zu finanzieren.	Der BVMW weist seit Beginn der Finanzkrise darauf hin, dass Spekulationen der Banken das System destabilisieren, während Kredite an den Mittelstand stabilisierend wirken. Die Realwirtschaft muss im Vordergrund stehen. Unsere Position findet mittlerweile breite Unterstützung in der Öffentlichkeit.
Regulierung – Basel III	Durch die neuen Eigenkapitalvorschriften für den Finanzsektor werden Kredite an den Mittelstand knapper und teurer. Die mittelständischen Unternehmen werden für eine Krise bestraft, die sie nicht verursacht haben.	Der BVMW fordert eine Senkung der Risikogewichte für Kredite an den Mittelstand. Diese Forderung wird von einer vom BVMW in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie bestätigt. Die EU-Kommission hat zugesagt, die Risikogewichte für Kredite an den Mittelstand zu überprüfen, bevor die Basel III-Regeln in Europa in Kraft gesetzt werden.
Kreditklemme	Banken nutzen bei der Kreditvergabe ihre Machtposition gegenüber mittelständischen Unternehmen aus.	Wie vom BVMW vorgeschlagen, bestellte die Bundesregierung einen Kreditmediator, an den sich kreditsuchende mittelständische Unternehmen wenden konnten, die sich im Konflikt mit einem Kreditinstitut befinden. Zudem unterstützt der BVMW Maßnahmen zur besseren Kommunikation zwischen Unternehmen und Banken.

Weitere Information zu diesen Themen finden Sie auf der BVMW-Website unter:

<http://www.bvmw.de/politik/finanzierung.html>

Steuern

Thema	Problem	Erfolg
Unternehmenssteuerreform	Die begrenzte Abzugsfähigkeit von Zinsen führt zu Investitionshemmnissen für Mittelständler.	Die letzte Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung nimmt den BVMW-Vorschlag für eine Erleichterung bei der Zinsschranke auf: Übersteigen die Zinsaufwendungen die Zinserträge um weniger als 3 Mio. Euro, findet die Zinsschrankenregelung keine Anwendung. Dies führt zu spürbaren finanziellen Entlastungen für den Mittelstand und gibt mehr Freiraum bei Investitionsvorhaben.
Erbschaftsteuer	Die Unternehmensnachfolge wird erschwert, wenn durch die Erbschaftsteuer dem Unternehmen zu viel Liquidität entzogen wird.	Die vom BVMW geforderte und intensiv begleitete Entschärfung der Erbschaftsteuer führt zu einer geringeren finanziellen Belastung bei der Übergabe eines Unternehmens: Firmenerben werden von der Steuer zu 85 % befreit, wenn sie den Betrieb fünf Jahre weiterführen; führt der Nachfolger den Betrieb sieben Jahre weiter, entfällt die Erbschaftsteuer komplett. Der BVMW ist mit diesen Regelungen noch nicht zufrieden, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.
SOLL- und IST-Besteuerung	Bei der Umsatzsteuer entsteht ein Liquiditätsnachteil für Unternehmen durch die SOLL-Besteuerung. Die Bundesregierung plante, die Grenze zur IST-Besteuerung zum 01.01.2012 wieder auf 250.000 Euro abzusenken, mit negativen Folgen für die Liquidität von Kleinunternehmen.	Der BVMW hat sich an der Anhörung im Bundestag aktiv beteiligt und gefordert, dass die Gesetzgebung so schnell wie möglich abgeschlossen wird, damit die Unternehmen Planungssicherheit erhalten. Wie vom BVMW gefordert, soll die Umsatzgrenze für die Anwendung der IST-Besteuerung bei der Umsatzsteuer dauerhaft auf 500.000 Euro festgeschrieben werden. Dies sichert einen Liquiditätsvorteil für Kleinunternehmen.
Steuerliche Absetzbarkeit	Im Gegensatz zu Unternehmen konnten Privathaushalte früher Handwerkerrechnungen nicht absetzen. Dies stand im Verdacht, die Schwarzarbeit zu fördern.	Privathaushalte können den Lohnanteil in Handwerkerrechnungen in Höhe von bis zu 1.200 Euro im Jahr von der Einkommenssteuer absetzen.

Weitere Information zu diesen Themen finden Sie auf der BVMW-Website unter:
<http://www.bvmw.de/politik/steuer-und-insolvenzrecht.html>

Arbeit und Soziales

Thema	Problem	Erfolg
Fachkräftemangel	Mittelständische Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Das Problem ist vielschichtig und kann nur mit einem Bündel von Maßnahmen bekämpft werden.	Der BVMW legte Lösungsvorschläge beim Fachkräftedialog der Bundesregierung vor wie Arbeitgeberzusammenschlüsse, verkürzte einjährige Zusatzausbildung, betriebliche Weiterbildung, Bildungsgutscheine, wirtschaftsnahe Qualifikation von Lehrern, Ausbildungsbörsen, vermehrte Beschäftigung von Frauen und Älteren, gezielte Zuwanderung.
Weiterbildung	Die Zulassung zum Hochschulstudium für Berufspraktiker ohne Abitur wurde bisher erschwert. Mittelständische Arbeitgeber konnten daher das Potenzial guter Fachkräfte nicht voll ausschöpfen.	Seit 2009 ist die Zulassung für Berufspraktiker mit einschlägiger Berufserfahrung deutlich vereinfacht: Meister und Fachwirte können direkt mit dem Studium beginnen. Die erleichterte Zulassung zum Hochschulstudium und die vom BVMW geforderte Unterstützung der Berufsakademien führen langfristig zu mehr Fachkräften. Seit 2011 setzt die Bundesregierung erfolgreich das an BVMW-Modellen orientierte Deutschlandstipendium um, an dem sich bereits drei Viertel aller Hochschulen in Deutschland beteiligen. Dies fördert Qualifikationen und entschärft langfristig den Fachkräftemangel im Mittelstand.
Sozialversicherung	Die zunehmenden Arbeitskosten führen zu steigender Abgabenlast für Arbeitgeber.	Die vom BVMW geforderte partielle Entkopplung der Gesundheitskosten von den Arbeitgeberbeiträgen hat die Bundesregierung umgesetzt. Somit werden die Abgaben der Arbeitgeber gesenkt.
Rentenpflicht	Mit persönlichem Vermögen haftende selbstständige Unternehmer waren zusätzlich rentenversicherungspflichtig. Dies stellte einen Systembruch dar, da die Rentenversicherungspflicht Beschäftigte betrifft, die eine nichtselbstständige Tätigkeit ausüben.	GmbH-Geschäftsführer sind von der Rentenpflicht befreit, wenn die GmbH für mehr als einen Auftraggeber tätig ist oder, wenn die GmbH einen Arbeitnehmer für mehr als monatlich 400 Euro beschäftigt; bei erstmaliger Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit kann eine Befreiung für einen Zeitraum von drei Jahren beansprucht werden. Dies führt zu einer spürbaren Entlastung für Unternehmer, die mit ihrem persönlichen Vermögen haften.
Altersvorsorge	Die Existenzsicherung Selbstständiger war bisher bei einer Insolvenz gefährdet, da die Altersvorsorge in die Insolvenzmasse fiel.	Einkünfte, die der Altersvorsorge Selbstständiger dienen, fallen nicht mehr unter die Zwangsvollstreckung oder in die Insolvenzmasse.

Weitere Information zu diesen Themen finden Sie auf der BVMW-Website unter:
<http://www.bvmw.de/politik/arbeitsmarkt.html>

Energie

Thema	Problem	Erfolg
Stromsteuer	Steigende Energiekosten belasten Unternehmen finanziell.	Die vom BVMW geforderte Reduzierung der Stromsteuer ist von der Bundesregierung geplant und entlastet auch mittelständische Unternehmen.
Preisgestaltung	Intransparente Strompreisgestaltung und fehlender Wettbewerb führen zu überhöhten Preisen mit negativen Auswirkungen für energieintensive mittelständische Unternehmen.	Wie der BVMW und seine Partnerverbände gefordert haben, wird die Preisgestaltung mehrerer Strom- und Gasanbieter durch Verfügung des Bundeskartellamtes offengelegt.

Weitere Information zu diesen Themen finden Sie auf der BVMW-Website unter:
<http://www.bvmw.de/politik/energie.html>

Bürokratieabbau

Thema	Problem	Erfolg
ELENA	Aufwand und Kosten für die Erhebung und Speicherung der Datensätze waren für Unternehmer zu hoch.	ELENA wird eingestellt, wie der BVMW bereits 2010 als erster Verband gefordert hat.
Bilanzierungspflichten	Die Erstellung des Jahresabschlusses war für Unternehmen aufwändig und zeitintensiv.	Vom BVMW angeregte Reduzierung von Bilanzierungspflichten wurde in das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz aufgenommen: nicht kapitalmarktorientierte Einzelunternehmer mit einem Umsatz von bis zu 500.000 Euro und Gewinnen bis zu 50.000 Euro werden sogar gänzlich von Bilanzierungspflichten befreit.
Unternehmensgründung	Die Gründung von Gesellschaften war langwierig, kostspielig und bürokratisch.	Unternehmer können dank der Einführung der Unternehmergesellschaft - eine existenzgründerfreundliche Variante der herkömmlichen GmbH - ab einem Stammkapital von einem Euro rascher und mit geringerem finanziellen Aufwand ein Unternehmen gründen.
Neue GEZ Vorschriften	Jeder PC in einem Unternehmen war einzeln beitragspflichtig.	Für Unternehmen ist nur ein PC pro Betrieb beitragspflichtig, wie vom BVMW gefordert.

Weitere Information zu diesen Themen finden Sie auf der BVMW-Website unter:
<http://www.bvmw.de/politik/buerokratieabbau.html>

Europa

Thema	Problem	Erfolg
SPE – „Europa GmbH“	Die Gründung einer Tochtergesellschaft in einem anderen EU-Land ist mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden.	Der BVMW setzt sich in Berlin und Brüssel für eine einheitliche europäische Rechtsform für den Mittelstand ein. Die EU-Ratspräsidentschaft befasst sich derzeit mit dem Thema.
Arbeitnehmerfreizügigkeit	Der wachsende Fachkräftemangel im Mittelstand gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Konkurrenz mit Großunternehmen, mangelnde Ausbildungsqualität und der demographische Wandel sind nur einige Ursachen hierfür.	Spätestens ab 2014 öffnet sich der Markt für Arbeitnehmer aus allen Mitgliedsstaaten der EU-27. Mittelständische Unternehmen werden dann die Möglichkeit haben, schneller gut ausgebildete Fachkräfte aus der gesamten EU zu gewinnen.
Steuern	Die Steuersysteme in der EU sind uneinheitlich und für Unternehmer unübersichtlich. Für Mittelständler, die EU-weit Geschäfte tätigen möchten, stellen sie bürokratische Hürden und Rechtsunsicherheit dar.	Die EU-Kommission hat im Mai 2011, wie vom BVMW gefordert, einen Gesetzentwurf zur Harmonisierung der Bemessungsgrundlage zur Körperschaftsteuer für alle in der EU tätigen Unternehmen vorgelegt, der im EU-Parlament diskutiert wird.

Weitere Information zu diesen Themen finden Sie auf der BVMW-Website unter:
<http://www.bvmw.de/politik/europa.html>

Wir setzen uns in Berlin und Brüssel erfolgreich für die Interessen des Mittelstands ein. Wir vertreten den Mittelstand gegenüber Ministern, Parlamentariern und Beamten, auf Gipfeln, in Arbeitskreisen und Hintergrundgesprächen sowie in Medien und Öffentlichkeit.

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Leipziger Platz 15, Mosse Palais, 10117 Berlin
Tel.: 030 533206-0
Fax: 030 533206-50

politik@bvmw.de
www.bvmw.de

